

Meckenheim, den 06.07.2016

Haushaltsrede2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spilles, sehr geehrte Vertreter der Stadtverwaltung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

eine Premiere steht uns heute ins Haus. Wir müssen nicht nur über den Haushalt des laufenden Finanzjahres und die mittelfristige Finanzplanung sondern auch – und das ist die Premiere – erstmals in der Geschichte unserer Gemeinde über ein Haushaltssicherungskonzept entscheiden. Ein Konzept, das uns in spätestens 10 Jahren zurück in sicheres Haushaltsfahrwasser bringen soll. Als ich vor nahezu 22 Jahren erstmalig in den Rat unserer Stadt gewählt wurde, wurde Meckenheim als „reichste öl-freie Stadt der Welt“ titulierte. Auch wenn dies sicherlich leicht übertrieben war, sind in diesen 22 Jahren doch dramatische Haushaltsverschlechterungen eingetreten und die Frage ist zu stellen, wo sind sie geblieben die Millionen, die z.B. in die EMM geflossen sind, die wir für die Übertragung des Kanalnetzes an den Erftverband oder vom Steuerzahler erhalten haben?

In den zwei Sitzungen des Haupt-, und Finanzausschusses in denen Haushalt und HSK beraten wurden, haben wir, die SPD-Fraktion, darauf und auf viele weitere Fragen keine klaren Antworten erhalten. Sicherlich ist die gelungene Flüchtlingsunterbringung in unserer Stadt ein Faktor, aber sie kann nicht das hohe Haushaltsdefizit begründen. Wobei z.B. die getätigten Investitionen den diesjährigen Haushalt nur minimal belasten. Auch die gegenüber den Ansätzen niedrigeren Gewerbesteuer-

nahmen können nicht allein für das Haushaltsdefizit in Haft genommen werden. Genauso wenig wie der Hinweis auf frühere Versäumnisse nicht wirklich trägt. Die Wurzeln des Übels liegen tiefer.

Es ist auch nicht die böse Landesregierung mit dem Kommunal-Soli, der Abundanzumlage. Gestatten Sie mir hierzu ein paar Worte: die Umlage ist nicht Schuld an unserem Haushaltsdefizit von mehr als 14 Millionen €. Die Umlage ist auch nicht Schuld daran, dass Ruhrfeld City zum Ende des Jahres geschlossen werden soll. Auch bei einem geringeren Defizit wären freiwillige Leistungen einzuschränken. Und noch ein Wort dazu, warum es diesen Soli gibt. Die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in NRW, in der Bundesrepublik hat Verfassungsrang. Dazu gehört, dass alle Kommunen nach ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag dazu leisten. Man kann nicht immer nur aus dem großen Topf kassieren sondern muss ihn auch füllen helfen. Und wer allein für die Hauptstraße zehnmal soviel vom Land erhält, als die Abundanzumlage in diesem Jahr umfasst, sollte etwas zurückhaltender sein.

Die beiden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses haben uns nicht wirklich weiter gebracht. Es war hauptsächlich ein Stochern im Nebel der städtischen Finanzen, ein Blindflug ohne erkennbare Richtung, das für Meckenheim typische Fliegen auf Sicht ohne ein übergeordnetes Ziel. Und hierfür trägt an erster Stelle der Bürgermeister, der, vorsichtig formuliert, uns nicht immer die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen will, die Verantwortung.

An dieser Stelle muss ich mal wieder das Stichwort „Kennzahlen“ nennen. Nein, dies ist kein Hobby von uns, es ist die Forderung nach der Vorlage rechtlich vorgeschriebenen Angaben. Wie sagt der § 12 der Gemeindehaushaltsordnung NRW „Für die gemeindliche Aufgabenerfüllung sollen produktorientierte Ziele ... festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung, der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.“

Wie die Verwaltung der Stadt Meckenheim nicht vorhandene Kennzahlen zur Grundlage der Gestaltung, der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts machen will, erschließt sich uns nicht. Aber es bestärkt unser Gefühl, dass wir als Rat gar nicht in die Lage versetzt werden sollen, irgendetwas zu steuern oder zu kontrollieren. Nun haben wir auch bei diesen Haushaltsberatungen wieder gehört, dass, wenn die Voraussetzungen bei Dritten alle erfüllt sind, im nächsten Jahr Kennzahlen zur Verfügung gestellt werden sollen. Darf, muss, kann man dies glauben? Ist der Spruch angebracht, „die Hoffnung stirbt zuletzt“?

Zurück zu den Haushaltsberatungen. Ich hatte es schon erwähnt, in zwei Sitzungen wurden 10 Jahre Haushaltsentwicklung abgehandelt. Hinzu kam noch die Pflichtberatung im Jugendhilfeausschuss. Investitionen in Beton statt in Menschen dominieren die Ausgabenseite der nächsten Jahre. Ohne konkrete Planungen oder Konzepte – positive Ausnahme Jugendamtsbereich – deutet sich ein unkalkulierbares Risiko an. Das Zahlengebilde bildet nur eine leere Hülle und auf die Inhalte warten wir noch immer.

Dass bei den Beratungen die erforderliche Transparenz auf der Strecke geblieben ist, ist nicht verwunderlich. Aber wie sollen wir ohne Transparenz darüber entscheiden, ob ein Ansatz gerechtfertigt ist oder nicht? Wo können wir nicht nur virtuelle Einsparungen erzielen? Auf welcher Basis sollen Standards verglichen oder mögliche Belastungen der Bürger und Bürgerinnen beurteilt werden? Wenn wir auf Nachfragen immer wieder nur vage Antworten erhalten oder z.B. zur zweiten Sitzung des Ausschusses ohne große Erläuterungen eine Tischvorlage mit einer Vielzahl von Änderungen erhalten, wie kann man da von uns verlangen, dass wir dieses Verfahren gutheißen und im Schweinsgalopp einen Haushalt und ein HSK mit einer derartigen Tragweite beschließen, Herr Bürgermeister? Eine Nebenbemerkung, die Nicht-Ausschussmitglieder haben die Tischvorlage erst heute Abend erhalten.

Sicherlich ist der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes kein Werk, dessen Aussagen in Blei gegossen und die ungeprüft zu übernehmen sind. Aber die darin enthaltenen Vorschläge sollten zumindest ernsthaft geprüft und nicht nur, wenn es gerade mal passt, von der Verwaltung als Legitimation benutzt werden.

Ich zitiere aus dem noch nicht ein Jahr alten GPA-Bericht:

„Durch die negativen Jahresergebnisse ergibt sich eine Verringerung des Eigenkapitals von 18,2 Mio. Euro bis 2014. Bis 2018 ist mit einem Rückgang von insgesamt 31 Mio. Euro zu rechnen.“ Fakt ist, die Marke erreichen wir nun schon 2016. Lt. mittelfristiger Finanzplanung soll sich das Eigenkapital bis 2018 um 45 Mio. € verringern.

Und weiter aus dem Bericht „Wegen der vorgenannten Umstände ist es richtig und konsequent, dass der seit dem Haushalt 2012 ergriffene Konsolidierungsweg von der Stadt Meckenheim fortgesetzt und mit Maßnahmen angereichert wird. Durch die Anhebung der Realsteuern ist ein positiver Verlauf und ab dem Jahr 2015 ein sich verstärkender Effekt auf der Ertragsseite zu erkennen.“ Aber jetzt kommt es: „Des-

halb ist das Hauptaugenmerk der Aufwandseite zu widmen. Der Haushaltsausgleich sollte hauptsächlich über eine gezielte Senkung der hohen Aufwendungen erfolgen.“

Unabhängig von der Aktualität der dem Bericht zugrunde liegenden Zahlen gilt die Botschaft, der Auftrag, es reicht nicht nur Steuern und Gebühren zu erhöhen, sondern es muss auch bei den Aufwendungen etwas geschehen. Und hier vermissen wir die Ideen und Vorschläge der Verwaltung. Es fehlen die erforderlichen Angaben um sachgerecht entscheiden zu können, wo eine Reduktion des Aufwandes sinnvoll möglich ist. Die Verwaltung ist in der Bringschuld.

Auch hinsichtlich der Personalsituation ist wenig Kooperation zu erkennen. Wir sind bereit der Verwaltungsspitze und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt zu helfen. Aber wie sollen wir beurteilen können, ob die Verwaltung zu viel Personal, wie von der Gemeindeprüfungsanstalt festgestellt, oder zu wenig, wie von der Verwaltung behauptet, hat? Über 20.000 Überstunden und ein im Vergleich zu anderen Verwaltungen hoher Krankenstand, sind ein Indiz dafür, dass etwas nicht stimmt im Rathaus. Aber ohne weitere Informationen zu den Hintergründen, ist es auch hier unmöglich auf der Basis von Fakten zu entscheiden.

Steuererhöhungen und insbesondere Anpassungen bei den Gebühren sind erforderlich, hierzu stehen wir. Dies gilt insbesondere, aber nicht immer, dort, wo die Inanspruchnahme von Leistungen stark subventioniert ist. Selbstverständlich ist aber z.B. der Betrieb unseres Hallenbads nicht kostendeckend möglich. Die Entscheidung dieses weiter zu betreiben bedeutet logischerweise gleichzeitig, den Betrieb weiterhin zu subventionieren. Diese Prämisse gilt auch für den Sozial- und Jugendbereich.

Lassen sie mich auf zwei nicht überall auf Verständnis gestoßene finanzielle Entscheidungen aus dem Bereich Betreuung von Kindern eingehen. Entscheidungen, die die SPD-Fraktion aufgrund der Informationslage nicht anders treffen konnte. 1. die Schließung von Ruhrfeld City zum Ende dieses Jahres. Unserer Entscheidung der Nicht-Verlängerung des Vertrags zuzustimmen, sind heftige und intensive Diskussionen in der SPD-Fraktion vorausgegangen. Wir haben sehr, sehr schweren Herzens dem Auslaufen einer Einrichtung zugestimmt, die wir immer mehr als positiv begleitet und unterstützt haben. Wir werden dafür sorgen, dass die dortige Arbeit an anderer Stelle fortgesetzt werden wird. Und 2., die Nicht-Erhöhung des städtischen Zuschusses zur OGS Meckenheim. Hier innerhalb von 14 Tagen und in zwei Diskussionsrunden im Finanz- und im Schulausschuss eine Lösung zu finden, war vor dem Hintergrund, dass die Erhöhung eines Zuschusses für eine freiwillige Maßnah-

me einer Gegenfinanzierung, z.B. in Form einer Änderung der Beitragssatzung bedarf, objektiv ein Ding der Unmöglichkeit. Wir hatten uns deshalb bei der Abstimmung im Finanzausschuss an dieser Stelle enthalten. Wobei und dies ist massiv zu kritisieren, die Verwaltung es versäumt hat den Rat, den zuständigen Ausschuss über die ihr bekannte Finanzsituation der OGS Meckenheim rechtzeitig zu informieren. Wir erwarten, dass hier kurzfristig eine Lösung gefunden wird.

Wir werden da nicht nachlassen. Genauso werden wir nicht nachlassen, bei der Verwaltung einzufordern, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt über die Entwicklung der Finanzen der Stadt zeitnah informiert werden und die Möglichkeit zur Diskussion erhalten. Und dies unabhängig von konkreten Haushaltsberatungen. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass das HSK nicht in Stein gemeißelt ist und angepasst werden kann und sicherlich auch muss. Ob Meckenheim zumindest grob die richtige Richtung eingeschlagen hat, wird uns sicherlich bald die Kommunalaufsicht signalisieren. Wir können es nur hoffen.

Es ist sicherlich nicht überraschend, dass die SPD-Fraktion weder dem Haushalt 2016 noch dem HSK zu stimmen kann.

Ich danke Frau Gietz für die geduldigen Erläuterungen zum Haushalt in den Ausschusssitzungen, aber auch – und hier gemeinsam mit dem Beigeordneten Holger Jung – in unserer Fraktion. Dies war sehr hilfreich.

Ich danke fürs Zuhören.